

Die Bevölkerungsstruktur von übermorgen ist unsere Herausforderung heute

Dr. Norman van Scherpenberg

**Vortrag vor dem AEU Dresden
am 12. Oktober 2005**

I. Worum geht es?

Vor einiger Zeit berichtete in meinem Rotary-Club ein Pfarrer über die neueren Trends im Bestattungswesen. Neben vielen anderen Entwicklungen kam er auch auf die steigende Zahl von Einfachbestattungen zu sprechen. Die erfolgen vor allem in den Fällen, in denen die Kommunen die Bestattung von Menschen übernehmen, die keinerlei Angehörige haben. Eine seltene Situation? Schon heute nicht mehr. Und in 20 Jahren wird es eine normale Situation sein.

Wenn zwei Einzelkinder heiraten, keine Kinder bekommen und nach einem erfüllten Arbeitsleben sterben, ist es extrem unwahrscheinlich, dass Angehörige am Grab stehen. Die Eltern sind schon gestorben und ohne Geschwister gibt es auch keine Neffen, Nichten. Es gibt ohnehin keine Kinder, aber auch natürlich keine Enkel, Großneffen oder Großnichten.

Warum ich Ihnen das erzähle? Weil es mehr als manche theoretische Überlegung deutlich macht, dass in 20 Jahren nicht die Jungen Opfer unserer demographischen Entwicklung sein werden, sondern die Alten. Und bei immer steigender Lebenserwartung ist das auch schon unsere eigene Generation. Wenn wir heute über die demographische

Entwicklung in Deutschland reden, über ihre Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, aber auch auf die private Alterssicherung, wenn wir über die Folgen der zunehmenden Staatsverschuldung reden, wenn wir dabei zu dem Ergebnis kommen, dass das in eine Katastrophe münden wird, dann ist das wohl richtig. Falsch ist allerdings zu glauben, das würde eine Katastrophe für unsere Kinder und Enkel. Es wird eine Katastrophe für all diejenigen unter uns, die noch mehr als 15 bis 20 Jahre Lebenserwartung vor sich haben. Und das trifft statistisch auf alle zu, die 65 Jahre noch nicht oder gerade erst erreicht haben.

Denn, was ich Anfangs für den Einzelfall geschildert habe, gilt natürlich für alle Generationenfolgen der nach 1935 Geborenen. Seit dem Ende der 60er Jahre liegt die Geburtenquote, d.h. die durchschnittliche Kinderzahl einer Frau in Deutschland in etwa bei 1,3. Eine Zahl von knapp 2,1 würde dazu führen, dass die Folgegeneration etwa so groß ist wie die Elterngeneration. – Eine Geburtenquote von 1,3 bedeutet also, dass jede Generation nur gut 60 % der Zahl ihrer Elterngeneration erreicht. Und wenn wir die Generation heute mit etwa 33 Jahren ansetzen und diese Entwicklung in die Zukunft weiter rechnen, dann nimmt unsere Bevölkerung (einmal mit einer Nettozuwanderung von Null und ohne weitere Verlängerung der Lebenserwartung gerechnet) wie folgt ab:

- Heute sind wir rund 82 Millionen Einwohner in Deutschland
- bis zum Jahr 2030 wird sich diese Zahl noch nicht wesentlich ändern. weil hier noch Nachwirkungen einer weiteren Verlängerung der Lebenserwartung zu berücksichtigen sind.

- Im Jahr 2065 wären es dann rund 50 Millionen und 2100 noch etwa 30 Millionen.

In 100 Jahren reduziert sich bei dieser Geburtenquote die Bevölkerung also um ungefähr 60 %, d. h., wenn wir das auf 2200 weiterrechnen, hätten wir dann noch etwa 10 - 12 Millionen Einwohner in unserem Land.

Natürlich ist das keine Prognose über 200 Jahre, sondern nur der Versuch, die Dynamik eines solchen Prozesses zu verdeutlichen.

Und das Problem liegt nicht darin, dass am Ende einmal das Geld für eine würdige Bestattung fehlen wird, sondern darin, dass schon Geld für ein würdiges Leben im Alter fehlen wird.

Es gilt die sehr einfache und klare Aussage (ich will sie nachher noch erläutern): Ganz gleich, ob die Ansprüche für die Sicherung des Lebensunterhalts im Alter auf Umlagefinanzierung, kapitalgedeckter Versicherung oder persönlicher Vermögensbildung beruhen, konkret erbracht werden müssen die Leistungen von der jeweils aktiven Generation. Und wenn die Pro-Kopf-Belastung der Aktiven in deren Augen zu hoch ist, werden diese sich kollektiv weigern, sie zu tragen und sie werden sich damit durchsetzen – auch wenn sie dann nicht mehr die Mehrheit gegenüber den Alten sind, aber sie sitzen an der Kasse. Aus diesem Dilemma gibt es nur einen einzigen Ausweg. Und wenn der sofort gegangen wird, wird er etwa ab 2025 anfangen zu wirken. Der Ausweg heißt: Die Geburtenrate in Deutschland muss von 1,3 auf mindestens 2,0, also um gut 50 % steigen. Das ist – vorweg genommen

– das Ergebnis der Überlegungen, die ich Ihnen vorzutragen beabsichtige.

Ich möchte dazu nun noch einmal zurückgehen und zwei Bereiche vertieft erörtern:

- Das eine ist die demographische Entwicklung mit ihren Ursachen und mit internationalen Vergleichen.

- Das Zweite ist die Prüfung, ob die von mir prognostizierte Entwertung der Ansprüche auf Altersversorgung bei dieser demographischen Entwicklung tatsächlich so unvermeidlich ist.

Und natürlich will ich mich auch mit dem Argument befassen, dass ein gewisser Bevölkerungsrückgang in unserem dicht besiedelten Land ja nicht von Schaden sein müsste.

II. Die demographische Entwicklung in Deutschland

Fangen wir damit an, die demographische Entwicklung näher zu analysieren. Vor fünf Jahren musste man noch vielen Zuhörern erklären, was Demographie ist. Diese Zeiten sind vorbei. Heute weiß jeder interessierte Zeitungsleser, dass wir es bei diesem Begriff mit der Entwicklung der Bevölkerung nach Anzahl, Struktur, Herkunft und Befähigung zu tun haben und dass Deutschland hier ein Problem hat. Genauer gesagt, geht es bei der demographischen Entwicklung in unserem Land um vier Problemkreise:

- Zum einen um die zunehmende Lebenserwartung

- des Weiteren um die zu geringe Geburtenquote
- weiter um den Versuch, das Problem über Zuwanderung zu lösen und nicht zuletzt
- um den Anstieg des Anteils der Geringqualifizierten gerade unter der jungen Bevölkerung.

1. Die zunehmende Lebenserwartung

Die durchschnittliche Lebenserwartung nimmt seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr oder weniger kontinuierlich zu, wobei die Verluste aus zwei Weltkriegen jeweils scharfe Einbrüche in den Trend bringen. Aber der Trend hat seinen inneren Charakter massiv verändert. Er begann im 19. Jahrhundert mit dem starken Rückgang der Kinder- und Säuglingssterblichkeit. Das führte zwar vorübergehend zu höheren Aufwendungen für Erziehung und Bildung, nachhaltig aber zu einem steigenden Anteil der aktiven Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Die Finanzierung dessen, was etwas unschön die Altenlast genannt wird, wurde dadurch jedoch erleichtert. Es folgte die Phase, in der vor allem die Sterblichkeit der Aktiven zurückging, weil immer mehr Krankheiten durch Vorbeugen, Heilen und Rehabilitation beherrschbar wurden. Auch das war ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Relation der Aktiven zu den Versorgungsberechtigten. Und da gleichzeitig durch einen Rückgang der Geburtenhäufigkeit die Kinderzahl abnahm, verminderte sich nicht nur die Altenlast sondern auch die Erziehungslast. Die Aktiven konnten aus dem vollen Leben – und das taten sie auch hemmungslos. Ab dem Ende der 70er Jahre haben sie sogar nicht einmal mehr den Kapitalstock der Volkswirtschaft im notwendigen Umfang erneuert

sondern die dafür erforderlichen Mittel teilweise auch noch konsumiert. Und da der Begriff „Humankapital“ letzthin zum Unwort des Jahres gekürt wurde, ist es wohl konsequent, dass diese ignorante Generation auch noch die Bildung von Humankapital verabscheut und mit dem Geld lieber die Touristenzentren der Welt bevölkert als dass sie die eigene Jugend ordentlich ausbildet und erzieht. Das ist im übrigen ein Problem, das bei den gering und durchschnittlich Begabten noch viel gravierendere Folgen hat als bei den Hochbegabten, die sich im Zweifelsfall um ihre Wissensmehrung selbst kümmern.

Heute sieht das Thema „längere Lebenserwartung“ anders aus. Denn es betrifft fast nur noch die nicht mehr aktiven, bereits versorgungsberechtigten Alten, die immer älter werden, d.h. der einst wohlstandsmehrende Effekt der höheren Lebenserwartung wirkt nun wohlstandsmindernd.

2. Die unzureichende Geburtenquote

Ich komme nun zu dem zweiten Problem, der Geburtenquote. Das ist in der modernen demographischen Berechnung die Zahl der Kinder, die eine durchschnittliche Frau in ihrem Leben bekommt. Diese Zahl ist von vielen Faktoren abhängig, religiösen, ethischen, wirtschaftlichen, kulturellen. Auch die praktische Fähigkeit zur Geburtenplanung und -kontrolle gehört dazu. Eine Geburtenquote von knapp 2,1 in einem zivilisierten Land ist demographisch optimal. Sie ist gewissermaßen bestandsneutral.

Nun hören wir immer wieder, dass eine zu niedrige Geburtenquote typisch für hoch entwickelte Länder sei. Ich habe mir einmal die Statistik

der hoch entwickelten Länder angeschaut und dabei festgestellt, dass diese Werte doch gewaltig auseinander fallen. Die zehn Industrieländer mit den höchsten Geburtenquoten haben eine durchschnittliche Quote von 1,9. – Keines dieser Länder liegt unter 1,7. Die Gruppe wird geprägt von den USA, Frankreich und den meisten skandinavischen Ländern. Die zehn Industrieländer mit den niedrigsten Geburtenquoten erreichen eine Quote von 1,25, keines hat mehr als 1,3. Zu dieser Gruppe gehören die ostasiatischen Industrieländer, also Japan, Korea und Taiwan, die europäischen Mittelmeerländer Griechenland, Italien, Spanien und die Länder des deutschsprachigen Raumes. Beide Gruppen haben je rund 400 Millionen Einwohner.

Was ist die Ursache dafür, dass die eine Gruppe eine nahezu ausreichende Geburtenquote hat und die andere ein gewaltiges Defizit? Offensichtlich ist es nicht der Wohlstand. Der ist in Deutschland und Japan einerseits und in Skandinavien und Frankreich andererseits ungefähr gleich. Es ist auch nicht die Kinderfreundlichkeit in der Gesellschaft. Die scheint mir in Italien trotz extrem niedriger Quote immer noch viel größer zu sein als etwa in den USA mit deren Geburtenquote von 2,0. Was die beiden Gruppen jedoch gravierend voneinander unterscheidet, ist die Einstellung zu Frauen, die Mütter sind. So gleichberechtigt die Frauen in allen Industrieländern im Beruf heute in der Regel auch sind, wenn sie Mutter werden, scheiden sich die Geister. In Italien ist es immer noch so, dass die „mamma“ nach Hause zu den „bambini“ gehört. Und in Deutschland und Japan ist das nicht viel anders, da hört sich dieser Spruch nur strenger an. In den USA oder in Frankreich oder in Skandinavien wird die Kindererziehung und Betreuung jedoch so gestaltet, dass die Mama weiter an ihrer Karriere stricken kann, und zwar oft nicht einmal, weil sie auf das Einkommen

angewiesen ist, sondern weil sie Freude an ihrem Beruf hat und die Gesellschaft das anerkennt. Und dass die Kinder dabei vernachlässigt werden, ist zumindest für Frankreich und Skandinavien statistisch nicht verifiziert.

Im Prinzip könnte man dennoch darüber sehr wohl diskutieren, welcher Weg der bessere für die Kinder und für die Gesellschaft ist. Aber diese Diskussion wird etwas akademisch, wenn die scheinbar kinder- und familienfreundliche Variante wie etwa in Italien dazu führt, dass kaum mehr Kinder geboren werden und dieses kinderfreundliche Volk innerhalb von zwei Jahrhunderten von der Landkarte verschwindet.

Wir werden also schon sehr viel nüchterner und sachlicher – und nicht von unseren tradierten Wunschbildern geprägt – an das Thema herangehen müssen, wie wir unserer Gesellschaft zu einer höheren Geburtenzahl verhelfen.

Dabei ist die Erforschung der Ursachen für diese Kinderarmut in unserem Land schwierig. Natürlich haben viele von uns aus ihrer persönlichen Erfahrung ihre dezidierte Meinung dazu.. Aber hier ist Vorsicht geboten: manche Urteile sind auch Vorurteile. Und manche Begründungen erscheinen zwar plausibel, verlieren aber an Gewicht, wenn die für Deutschland behaupteten Ursachen auch in Frankreich und den USA vorliegen, dort aber nicht die behauptete Wirkung haben.

Da ist es ganz hilfreich, einmal von der persönlichen Meinung zu abstrahieren und auf die Ergebnisse der Demoskopie zu schauen, also die Befragung der Betroffenen. Da stoßen wir auf das Phänomen, dass die in der Politik wohlfeilen Begründungen für die geringe

Geburtenneigung in Deutschland – wie fehlende Kinderbetreuung und befürchtete Einkommenseinbußen - von den jungen Männern und Frauen zwar auch genannt werden, dass aber an vorderster Stelle zwei ganz andere Gründe stehen:

- der am häufigsten angegebene Grund ist, dass der richtige Partner fehlt
- der zweitwichtigste ist, dass man erst die private Zukunft sicher machen wolle, bevor das Wagnis von Ehe und Familie eingegangen wird.

Ich will diese Motive nicht werten; nur eines scheint mir ziemlich klar: Wir haben es mit Grundeinstellungen der zukünftigen Elterngeneration zu Fragen der Partnerschaft zu tun und zu der Bereitschaft, mit den Risiken des Lebens zu leben.

Ich will nicht die These aufstellen, der Staat sei hier machtlos. Aber ganz offensichtlich ist das Problem nicht allein damit zu lösen, dass der Staat ein paar Milliarden zusätzlich in die Hand nimmt, für Kindergeld und Kinderbetreuung oder den Aufbau einer staatlichen Partnervermittlungsagentur mit Erfolgsgarantie.

Wir müssen eine Antwort auf die Frage finden, wie wir der nächsten Elterngeneration den Mut zu Ehe und Familie vermitteln können. Aber wir sollten nicht glauben, dass die Antworten hierauf einfach offen auf dem Tisch lägen.

3. Einwanderung und die Lösung des demographischen Problems

Das Ergebnis unserer Überlegung bis zu diesem Punkt ist, dass die demographische Entwicklung in unserem Land bedeutet, dass das, was von den Aktiven erwirtschaftet wird, auf relativ immer mehr Menschen aufgeteilt werden muss, d. h. der Wohlstand pro Kopf sinkt. Die Verteilungskonflikte zwischen den Aktiven, die das Bruttosozialprodukt erzeugen und den nicht mehr Aktiven, die etwas davon abhaben wollen, ohne an seiner Erstellung mitzuwirken, werden deshalb wohl schärfer werden. Da liegt nun der Gedanke nahe, die Lücke durch Einwanderer zu schließen. Das ist vergleichsweise unproblematisch, wenn genau die Lücke geschlossen wird, die durch die geringe Geburtenquote entsteht, d. h. wenn Säuglinge oder Kleinkinder aus dem Ausland von Inländern adoptiert werden. Nur – warum sollten Paare, die sich gehemmt fühlen, eigene Kinder zu bekommen, Kinder aus dem Ausland adoptieren, es sei denn, sie gehören zu den ca. 10 % der Kinderlosen, die aus medizinischen Gründen keine Kinder haben. Also, als Problemlösung werden wir diese Möglichkeit wohl ausschließen müssen. Im Normalfall werden nicht Säuglinge einwandern, sondern junge Leute, die heiraten, dann Kinder bekommen und vielleicht sogar ihre Eltern nachholen. Denken Sie an das Beispiel der Einwanderung von deutschstämmigen Großfamilien aus Russland, Kasachstan, der Ukraine, Rumänien usw. Aber auch bei den Türken ist dieser Fall recht häufig. Also führt Einwanderung nicht oder nur vorübergehend zur Verbesserung der Altersstruktur und diese ist schließlich unser eigentliches demographisches Problem und nicht die Kopfzahl der Bevölkerung.

Einwanderung hat aber noch ein weiteres Problem. Die USA sind dadurch groß geworden, dass gut qualifizierte, hoch motivierte Menschen aus dem armen Europa in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten eingewandert sind, die Ärmel hochgekremgelt und

zugeschickt haben. Aber die Zeiten haben sich geändert. Länder mit gut qualifizierten Bürgern sind heute im Normalfall für die eigenen Bürger so attraktiv, dass diese ungern auswandern und diejenigen, die es dennoch tun, wollen dann doch lieber in die englischsprachigen Länder wie die USA, Kanada und Australien, wo sie auf Grund ihrer hohen Qualifikation, zu der heute ja in der Regel auch die Kenntnis der englischen Sprache gehört, leichter Fuß fassen. Deutschland dagegen ist als Zielland eher für gering qualifizierte Einwanderer interessant. Und da haben wir das nächste Problem der Demographie für Deutschland.

4. Die Qualifikationsstruktur der nachwachsenden Jahrgänge als Problem der Demographie

Es ist ohne Zweifel richtig, was viele Fachleute immer wieder ins Feld führen, dass wir unsere demographischen Probleme durch höhere Ausbildung der Kinder und Jugendlichen und damit durch höhere Produktivität, wenn diese das Erwerbsalter erreicht haben, mildern können. Das hilft beim Steueraufkommen, bei der Kranken- und Pflegeversicherung und es hilft, damit die unvermeidliche Absenkung des relativen Pensions- und Rentenniveaus – gemessen an den Einkommen der Aktiven – absolut zu einer Höhe führt, die immer noch erträglich ist.

Die PISA-Studie hat uns allerdings gezeigt, dass wir dummerweise auch gerade hier erhebliche Defizite haben. Sie liegen nicht darin, dass das begabteste Viertel unserer jungen Generation in der Ausbildung den Wettbewerb mit anderen Ländern scheuen müsste. Sie liegen vielmehr darin, dass das unterste Viertel so gravierende Ausbildungsdefizite hat, dass die Beschäftigungsmöglichkeit in unserem System für sie in Frage

gestellt ist. So wächst das Risiko, dass ein zunehmender Teil der jungen Generation und gerade auch der Einwanderer mit dem Eintritt in das Erwerbsalter gleich in die Gruppe der Versorgungsbedürftigen überwechselt, statt in die Gruppe derer, die zur Versorgung der Alten aktiv beitragen. Und diese Arbeitslosigkeit hat nichts mit konjunkturellen Schwankungen zu tun, sondern ist ein kaum zu korrigierendes Ergebnis des Versagens unserer Schul- und Ausbildungspolitik. Hier bekommen wir nun eine Kumulierung von Effekten. Wir sind – wie schon angeführt – vor allem für geringer qualifizierte Einwanderer attraktiv. Bei denen allerdings sparen wir auch noch extrem an der Aufgabe, sie und ihre Kinder und Enkel wenigstens so gut es bei ihnen geht, zu integrieren und auszubilden, insbesondere auch in der deutschen Sprache zu unterrichten, sodass sie den ihrer Begabung gemäßen Beitrag zum Bruttosozialprodukt leisten könnten.

5. Konstanz der Bevölkerung als Ziel

An dieser Stelle werde ich nun oft gefragt, ob wir denn unbedingt 80 Millionen Menschen in Deutschland sein müssen; 60 Millionen wären doch auch eine schöne Zahl. Die Antwort auf diese Frage ist völlig eindeutig: Natürlich ist es ziemlich egal, ob wir 50, 60 oder 80 Millionen sind. – Egal für unsere Wirtschaftskraft pro Kopf, egal auch für unsere Geltung in der Welt. Wirtschaftlich sind die kleineren Nachbarn in Europa auch sehr potent und politisch haben sie zum Teil auch sehr großes Gewicht. Ob Sie nun Großbritannien oder Frankreich nehmen oder auch die Schweiz oder Schweden. Unser demographisches Problem liegt nicht in der absoluten Höhe der Bevölkerungszahl, sondern in dem Prozess der Reduzierung. Es liegt darin, dass wir die Bevölkerungszahl von unten her abschmelzen, dass also die Zahl der Jungen und Aktiven

schneller abnimmt, als die der Alten und dass wir damit die angemessene Versorgung der nicht mehr Aktiven in Frage stellen, zugleich allerdings dennoch zu viel öffentliche Mittel in die Umverteilung zugunsten der Alten stecken müssen und zu wenig für die Erfüllung der zukunftsbezogenen Aufgaben eines modernen Staates übrig haben. Und mit dem Aufruf, dass wir dann eben alle, Alte wie Junge den Gürtel enger schnallen müssen, werden wir möglicherweise keinen Erfolg haben. Von einer gewissen Abgabequote an werden die Aktiven entweder rebellieren oder auswandern.

Im Übrigen ist diese Entwicklung zu einer geringeren Bevölkerungszahl ohnehin schon vorprogrammiert. Wenn die Deutschen ab morgen ihr generatives Verhalten umstellen und die Frauengeneration, die heute jünger als 30 Jahre ist, von einer Geburtenquote von 1,3 auf eine Geburtenquote von 2,0, also auf die bestandserhaltende Quote übergehen würde, was immerhin eine Steigerung der Geburtenzahl um 50 % bedeuten würde, würde sich die Bevölkerung dennoch bei einer Nettoquote der Zuwanderung von Null und bei konstanter Lebenserwartung zwischen 65 und 70 Millionen einpendeln. Denn die in den letzten 30 Jahren geborene Müttergeneration entspricht schon gar nicht mehr der Bevölkerungszahl von 82 Millionen.

III. Die Finanzierung der Alterssicherung

Was ich Ihnen bisher geschildert habe, sind Fakten, die die Experten für die Reform unserer sozialen Sicherungssysteme seit Jahren vor Augen haben. Und sie spielen natürlich bei allen Überlegungen zur Reform der Sicherungssysteme eine entscheidende Rolle. Im Mittelpunkt dieser Erörterung steht immer wieder die Überlegung, generell, d. h. sowohl für

die Kranken- und Pflegeversicherung als auch für die Rentenversicherung von der Finanzierung im Umlagesystem auf die Finanzierung durch Kapitalansammlung überzugehen, weil diese, wie es heißt, demographiefester sei. Ich möchte mich nun mit diesem Argument ein wenig auseinandersetzen.

Natürlich wissen die Experten genau, dass unabhängig von der Art der Finanzierung die Leistungen für die Alten immer von den Aktiven erarbeitet werden müssen. Denn man kann zwar Geld über Jahrzehnte aufheben, aber nicht Brot. Dieses muss immer wieder frisch gebacken werden. Die Frage ist jedoch, auf welche Rechtsgrundlage die Älteren ihre Forderungen an die Aktiven stellen können. Hier gibt es im Prinzip drei Alternativen:

- Die erste ist die, auf die heute unsere sozialen Sicherungssysteme einschließlich der Pensionen und anderer Staatsleistungen begründet ist. Die Alten bauen mit ihren Leistungen und/oder Beiträgen eine Forderung auf, die im Grunde an die künftigen Aktiven ihres Volkes gerichtet ist. Die Forderungen werden mit der Zahlung von Steuern und Beiträgen – ohne Zwischenschaltung irgend eines Kapitalansammlungsfonds – finanziert; diese Steuern und Beiträge werden dabei allerdings schon für jeweils laufende Aufgaben verausgabt. Üblicherweise wird dies das solidarische System genannt. Seine Schwäche liegt darin, dass der Gesetzgeber die Möglichkeit hat, die künftigen Ansprüche an die Finanzlage anzupassen. Die Stärke dieses Systems ist, dass es – wie der Zusammenbruch nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt hat – besonders krisen- und katastrophenfest ist.

- Die zweite Variante ist die, die heute Ersparnisse bildet und diese im Inland investiert. Sie kennzeichnet sowohl die unmittelbare durch individuelle Vermögensbildung als auch die mittelbare durch Lebens- und Krankenversicherungen erfolgende Alterssicherung. Hier wird ein Kapitalstock gebildet. Soweit er aus rentierlichem Sachkapital besteht, erwarten wir von den künftigen Aktiven, dass sie dann Mieten an uns zahlen oder Dividenden für uns erwirtschaften. Soweit wir oder unsere Versicherungen in Schuldverschreibungen des Staates investieren, erwarten wir, dass die nächste Generation die Steuern bezahlt, um Zins- und Tilgungszahlungen an uns zu ermöglichen. Die Stärke dieses Systems ist, dass unsere Ansprüche dem Grunde und der Höhe nach von der Eigentumsordnung geschützt sind. – Die Schwäche ist, dass dieses System große Krisen mit Zusammenbrüchen von Immobilienmarkt und Unternehmen bzw. Zahlungsunfähigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden nur arg zerzaust übersteht, ohne dass dann ein Anspruch auf Solidarität verbrieft ist. Die kleine Krise der Lebensversicherungen angesichts des Platzens der Blase des Neuen Marktes war hier ein Vorgeschmack.

- Als Drittes bietet sich noch an, dass wir die Ersparnisse –direkt oder indirekt- in anderen Ländern mit besseren demographischen Entwicklungen und geringerem Krisenrisiko anlegen. Hier freilich kommt zu den vorher genannten Risiken noch das politische und das Wechselkursrisiko hinzu, das immerhin auf Jahrzehnte hinaus richtig eingeschätzt werden muss.

Quintessenz: Das Umlageverfahren einerseits und die kapitalgedeckte Sicherung andererseits haben unterschiedliche Risiken. – Aber beide haben erhebliche Risiken auf lange Sicht. So ist die Präferenz für das eine oder andere eine Einstellungsfrage. Und diese ist ökonomisch nicht wirklich zu beantworten, weil die jeweiligen Risiken vor allem außerökonomischer Art sind.

Mit einem einfachen Satz also: Nichts und niemand garantiert uns unsere Alterssicherung oder, um Norbert Blüm aufzugreifen: Die Renten sind mit Sicherheit unsicher und jede andere Alterssicherung auch und das insbesondere bei unserer demographischen Entwicklung.

IV. Konsequenzen für die Politik

Lassen Sie mich nun versuchen, aus all dem Gesagten zu einer Schlussfolgerung für politisches Handeln im Rahmen der Generationenverantwortung zu kommen.

- An erster Stelle steht die Erkenntnis, dass jede Generation selbst dafür verantwortlich ist, dafür zu sorgen, dass die nächste Generation in der Lage ist, die vorangehende im Alter zu versorgen. Dazu genügt es nicht, Rechtsansprüche aufzubauen, gleich welcher Art. Das Wichtigste ist, dafür zu sorgen, dass die nächste Generation von der Zahl her groß genug und von der Qualifikation her leistungsfähig genug ist, um diese Verpflichtung tatsächlich schultern zu können. Nichts ist also zur Sicherung des eigenen Alters einer Generation wichtiger, als genug Kinder und Enkel zu bekommen, d. h. eine Geburtenquote von 2 bis 2,1 zu erreichen. Bei allen Überlegungen zur Familienpolitik sollte dies im Mittelpunkt stehen, dass wir genug Familien mit genug Kindern

haben. Familienpolitik ist also in erster Linie langfristig orientierte Wirtschaftspolitik und hat in zweiter Linie auch einen sozialen Aspekt.

- Die nächste Forderung muss sein, dass wir genug in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Enkel investieren, damit sie im Durchschnitt nach Möglichkeit mindestens genauso qualifiziert sind wie die Elterngeneration. Das gilt nicht nur für die Spitzenbegabungen, sondern für alle, also auch für das untere Begabungsquartil. Jedes Defizit in diesem Punkt vermindert im Zweifelsfall das Realeinkommen der nächsten Generation und deren Fähigkeit, für Lebensunterhalt und Gesundheit der Elterngeneration angemessen zu sorgen. Und so wie die Lage bei uns ist, ist dies vor allem ein Problem der Integration jener Einwanderer, die schon im Lande sind. Allerdings verlangt das auch für die Zukunft eine in Bezug auf die Qualifikation sorgfältigere Einwanderungspolitik.
- Die dritte Forderung ist, dass wir der nächsten Generation eine mit realem Kapital und wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit bestens ausgestattete Volkswirtschaft übergeben. Jedes Defizit in diesem Punkt belastet die nächste Generation mit Aufwand, um das Defizit aufzuholen und vermindert dadurch deren Fähigkeit, für die Alten angemessen zu sorgen. An den Beispielen eines vernachlässigten Schienen- und Straßennetzes könnte man das besonders gut nachvollziehbar erläutern.
- Die vierte Forderung ist, dass wir ein gut funktionierendes Staatswesen und eine geordnete Gesellschaft in einem friedlichen

Umfeld weitergeben. Je mehr die nächste Generation für innere und äußere Sicherheit und zur Korrektur sonstiger gesellschaftlicher Fehlentwicklungen ausgeben muss, desto geringer wird deren Fähigkeit, auch noch die Alten zu versorgen.

Das alles kostet uns heute mehr Disziplin in der Politik, mehr Anstrengung und mehr Geld als wir bisher aufzubringen bereit sind. Und die Vorstellung, wir könnten das über eine zunehmende Staatsverschuldung der nächsten Generation aufbürden, ist Illusion. Die sind wie ich schon dargelegt habe, gar nicht in der Lage, die Staatsschuld, die wir bisher schon aufgehäuft haben, zu bedienen. Und vergessen Sie nicht: Die geschädigten Gläubiger dieser evtl. nicht mehr zu bedienenden Staatsschuld sind vor allem unsere Lebens- und Krankenversicherungen. Das trifft schon unsere Generation und nicht erst unsere Kinder.

V. Übergangsprobleme

Aber da ist noch ein weiteres Problem. Selbst wenn es uns gelingt, all diese Forderungen unverzüglich zu erfüllen und die Geburtenrate ab 2005 auf das erforderliche Maß anzuheben, blicken wir nicht nur auf 30 Jahre Geburtendefizit zurück. – Es wird noch einmal rund 20 Jahre dauern, bis die ersten nunmehr normalen Geburtenjahrgänge in das Arbeitsleben eintreten und zum Bruttosozialprodukt beitragen. Wir haben also auf jeden Fall einige kritische Jahrzehnte zu überbrücken. Und das geht sehr viel einfacher, indem wir in den nächsten Jahrzehnten mehr arbeiten, als wenn wir versuchen, den Gürtel enger zu schnallen.

Wie geht das? Ich zähle dies einfach einmal in Stichworten auf:

- Verkürzung der Ausbildungszeiten (ohne Verschlechterung des Ergebnisses) durch intensivere Arbeit (von Studenten und Auszubildenden ebenso wie von Professoren und Ausbildern) während der Ausbildung
- Verlängerung der Lebensarbeitszeit am oberen Ende, d. h. Altersgrenze mit 68 und weniger Anreize zum Ausscheiden vorher
 - aus welchen Gründen auch immer. Dazu gehört auch der pflegliche Umgang mit der Arbeitskraft der Älteren
- Mehr Erwerbstätigkeit der Frauen, auch der Mütter
- Eingliederung der Arbeitslosen in das Beschäftigungssystem.

An dieser Stelle muss zwangsläufig die Frage kommen, wo diese Menschen denn Arbeitsplätze finden können. Wir müssen also einen kurzen Exkurs in den Arbeitsmarkt machen. Vielfach heißt es, dass unser Arbeitsmarkt an fehlender internationaler Wettbewerbsfähigkeit leidet. Aber wir haben nicht nur exzellente Exportzahlen sondern auch einen hohen Außenhandelsüberschuss, d.h. über den Außenhandel gewinnen wir zusätzliche Arbeitsplätze. Mit den Effekten der Globalisierung stützen wir unseren Arbeitsmarkt.

Ohnehin stehen nur etwa ein Drittel unserer Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb. Zwei Drittel sind praktisch ohne internationale Konkurrenz: Das gilt für Handwerk und Einzelhandel, es gilt für das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, die Pflegedienste, die hauswirtschaftlichen Dienste einschließlich der Kinderbetreuung. Und gerade auf diesen Gebieten klagen wir darüber dass die Leistungen unzureichend sind:

- Wir brauchen heute Ganztagsbetreuung für Kinder, nicht nur, weil Mütter berufstätig sein wollen sondern auch, weil sie zu einem wesentlichen Teil der Bevölkerung ihrem Erziehungsauftrag nicht mehr gerecht werden können.
- Wir brauchen eine bessere Ausbildung für Heranwachsende und junge Erwachsene und eine bessere Fortbildung für ältere Berufstätige.
- Wir könnten auch sehr viel mehr Unterstützungen in den Haushalten –einschließlich der Kinderbetreuung – gebrauchen; und wir hätten hierfür auch vermutlich viel Nachfrage, wenn wir diese Arbeit nicht mit unvernünftig hohen Abgaben belasten würden.
- Und wir brauchen eine bessere Pflege und Betreuung der Alten.

Sie könnten mir nun entgegen halten, all das seien überwiegend öffentliche Aufgaben oder solche, die eine öffentliche Finanzierung benötigen und dass der Staat kein Geld mehr für zusätzliche Aufgaben habe.

Und damit hätten Sie weitgehend Recht. Aber liegt das vielleicht nicht auch daran, dass wir so viel Geld dafür ausgeben, dass Menschen nicht arbeiten (nicht nur für Arbeitslose sondern auch für hoch leistungsfähige, hoch qualifizierte Pensionäre und Rentner), dass das Geld dann nicht mehr dafür zur Verfügung steht, die Menschen dafür zu bezahlen, dass sie arbeiten.

Natürlich geht das alles nicht zu unseren jetzigen Arbeitsbedingungen mit jetzigem Lohnniveau. Wir werden in unserem Land auch Arbeitsplätze mit geringerer Produktivität und damit mit geringeren Arbeitskosten zulassen müssen als das heute der Fall ist. Aber das wird für alle wohlstandsfördernd sein, denn auf die Gesamtbevölkerung gerechnet ist

das natürlich ein Mehr an Sozialprodukt pro Kopf. Dieses Mehr wird allerdings nicht in mehr individuellen Wohlstand münden, sondern dessen zwangsläufiges Absinken mildern.

Sie sehen, auch für einen scheinbar säkularen Trend gibt es so etwas wie einen „turn around“. Dazu gehört, dass wir unsere Verantwortung für die nächste Generation und damit zugleich für unsere eigene Generation ernst nehmen. Das Ziel erreichen wir allerdings nicht indem wir uns gegenseitig permanent zu Verzicht und Sparen auffordern – nach dem Motto „Ackermann, geh du voran“, sondern indem wir fantasievoll aber auch streng dafür sorgen, dass alle arbeiten, die arbeiten können.

Der Weg ist klar und – so glaube ich – ohne Alternative Und er hat auch eine sehr verheißungsvolle Botschaft. Sie heißt, unsere Probleme sind hausgemacht und nicht das Resultat der Globalisierung. Das bedeutet, auch die Lösungen können und müssen hausgemacht sein. Dies zu erkennen, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen und dann die Ärmel hochzukrempeln – darin liegt unsere Chance . Und es gibt keinen vernünftigen Grund dafür anzunehmen, dass wir nicht mehr die Kraft haben, diese Chance auch zu ergreifen.